

- Es gilt das gesprochene Wort -

**„Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“
– Nein zu dieser verführerischen Initiative der CVP**

von SVP-Regierungsrat Jakob Stark, Departement für Finanzen und Soziales, Buhwil (TG)

Wer möchte nicht die Familien stärken? Und welche Partei möchte nicht jene Partei sein, der genau dies zu verdanken ist? Es geht bei dieser CVP-Initiative aber auch um Inhalte, um den Ausbau des Sozialstaats zum Beispiel und um den nötigen Spielraum für die Entlastung der Schweizer Wirtschaft. Die SVP tut deshalb gut daran, genau hinzuschauen – und Verantwortung zu übernehmen für unser Land.

Vielleicht erinnern sich einige unter Ihnen, sehr geehrte Mitglieder der Delegiertenversammlung, an die DV vom 19. August 2006 in Baar (ZG). Arbeitgeber und Gewerbe hatten das Referendum gegen das neue Familienzulagengesetz ergriffen. Die SVP Schweiz folgte damals ihren Argumenten und lehnte das Gesetz mit 426 Nein- gegen 3 Ja-Stimmen ab. Trotzdem stimmte die Mehrheit der Stimmberechtigten zu, sodass seither die Kinder- und Ausbildungszulagen in der ganzen Schweiz mindestens 200 bzw. 250 Fr. pro Monat betragen.

Das war eine weitere Aushöhlung der kantonalen Autonomie, und es war ein weiterer Schritt hin zum Zentralismus, zum Ausbau des Sozialstaats und zur Erhöhung der Staatsausgaben.

Die vorliegende Initiative will nun noch einen Schritt weitergehen und die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien. Damit werden diese Zulagen faktisch je nach Einkommen bis um ein Drittel erhöht. Das bedeutet einen weiteren Ausbau des Sozialstaats um rund 1 Milliarde Franken, finanziert durch Bund, Kantone und Gemeinden. Ist das nötig, frage ich Sie, obwohl in der Schweiz heute bereits rund 10 Mrd. Fr. pro Jahr an Haushalte mit Kindern durch Familienzulagen, Mutterschaftsversicherung und Krankenkassen-Prämienverbilligung ausbezahlt werden? Ist das nötig, obwohl die grosszügigen Kinderabzüge heute bereits jährliche Steuerreduktionen von rund 3 Milliarden Franken bewirken? Nein, es ist nicht nötig. Wir dürfen unsern Sozialstaat nicht immer weiter ausbauen, wir dürfen uns vom Etikett der Familienförderung nicht verführen lassen.

Bedenklich an der CVP-Initiative ist weiter, dass sie den Grundsatz aufhebt, wonach alles Einkommen zu versteuern ist. Das ist ein Bruch im Steuersystem, weil nicht mehr nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird. Das Steuersystem wird durchlöchert, es werden Ungerechtigkeiten geschaffen. Und es werden sicherlich auch neue Begehrlichkeiten geweckt: weshalb nicht auch die IV- und AHV-Leistungen von den Steuern befreien oder die Militärversicherungsleistungen oder die Direktzahlungen an die Landwirtschaft? Niemand bezahlt gerne Steuern. Gerade deshalb aber sollen alle solidarisch dazu beitragen, indem sämtliche Einkommens-Arten besteuert werden und nicht Einzelne einfach willkürlich davon ausgenommen werden.

Deshalb ist es richtig, dass Kinder- und Ausbildungszulagen auch in Zukunft Lohnbestandteile bleiben, die ganz normal besteuert werden.

Sicherlich werden Sie nicht überrascht sein, wenn ich als Finanzdirektor des Kantons Thurgau auf die angespannte Finanzlage von Bund, Kantone und Gemeinden hinweise. Vor diesem Hintergrund frage ich mich schon, ob es richtig ist, den öffentlichen Haushalten nochmals 1 Milliarde Franken für die Kinder- und Familienfinanzierung zu entziehen. Das wird vielerorts erneut zu roten Zahlen und Defiziten führen. Insbesondere aber wird der Spielraum nochmals empfindlich eingeschränkt für strategisch viel wichtigere Aufgaben wie die bevorstehende Unternehmenssteuerreform III (USR III). Für die Schweizer Wirtschaft und die Bevölkerung ist diese Reform von grösster Bedeutung, stehen doch sehr viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Durch die erfolgte Freigabe des Franken-Wechselkurses ist die Entlastung von Wirtschaft und Gewerbe nochmals dringender geworden. Dafür müssen wir die finanziellen Mittel einsetzen, damit sichern wir die Grundlage von freier und erfolgreicher Wirtschaft, von Wohlstand und Vollbeschäftigung. Das wiederum bringt auch den Familien mehr als ein Ausbau des Sozialstaats.

Zum Schluss möchte ich Sie daran erinnern, woher die Initiative „Familie stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ stammt: von der CVP. Von der gleichen CVP, welche im Herbst 2013 flächendeckend die SVP-Familieninitiative abgelehnt und damit massgeblich zu deren Scheitern am 24. November 2013 beigetragen hat. Vor den Wahlen im Herbst will sie sich nun als „die Familienpartei“ inszenieren. Wer dies unterstützen will, der soll die vorliegende Initiative unterstützen. Wer das Ganze jedoch durchschaut – sachlich und politisch – der lehnt die Initiative ab, so wie es die SVP-Fraktion im Nationalrat mit 49 zu 6 Stimmen und im Ständerat einstimmig gemacht hat.

Ich bitte Sie, die Nein-Parole zu fassen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.